

## Panik in Nordrhein-Westfalen!

### „Linke wollen RWE und EON verstaatlichen“

**D**ie Medien sind in heller Aufregung. In der Tat ist im Wahlprogramm der NRW-Linken für die Landtagswahl 2010 Erstaunliches zu finden.

- Überführung von Großbetrieben der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung für NRW haben, in Gemeineigentum
- Steuererhöhungen für Reiche und große Unternehmen
- Abschaffung von Minijobs.

Als Anspruch über allem steht schlicht die Forderung nach einer Umverteilung von oben nach unten. Nachdem dieser Prozess seit mindestens 3 Jahrzehnten umgekehrt verläuft, tut eine Auseinandersetzung mit völlig neuem Politikin-

halt durchaus not. Der Sozialstaat nach Vorstellung von Alfred Müller-Armack befindet sich in Abwicklung. Kinderarmut und damit Familiennot wird zwar aus allen Richtungen beklagt, steigt aber dennoch unaufhörlich. Auch tausende Suppenküchen und Armenspeisungen nach amerikanischem Vorbild belegen die Abwärtsentwicklung.

### Umverteilung von oben nach unten

Wer setzt sich angesichts all dieser Widersprüche dem Vorwurf der Verantwortungslosigkeit aus? Der Warner vor sozialen Unruhen oder derjenige, der die politischen Weichen für die Entwicklung gestellt hat? Globalisierung und demografischer Wandel sind die Schlagworte, die uns als Ursache um die Ohren gehauen werden. Weltumspannende Konzerne zwingen die Nationalstaaten in eine Anbiederungsspirale

um die einträglichsten Gewinnmaximierungs-Standorte. Der Generationenvertrag, an dem in der alten Bundesrepublik noch die Wirtschaft beteiligt war, wird der Versicherungsbranche zur Neufassung vorgelegt. Von dieser Form der „Entsolidar-Verunsicherung“ hätte Norbert Blüm niemals behauptet, sie sei sicher.

Nun kommt eine Partei daher, die ihre Existenz der gesellschaftsgefährdenden sozialen Schieflage verdankt und will diese Schieflage wieder ins Lot bringen. Ob das mit tauglichen oder weniger sinnvollen Mitteln angegangen werden soll, müsste eine Diskussion wert sein. Stattdessen springt das Gespenst der Systemveränderung reflexartig aus dem Hut. Das System Soziale Marktwirtschaft hat sich jedenfalls schon bis zur Unkenntlichkeit verändert.

*Reinhard Ziegler, EAB Essen*

## Besorgnis und Bestürzung Bericht zur Kinderarmut in Deutschland

Vor den Mitgliedern aus 7 Ortverbänden wurde auf dem 1. Bezirksschulungstages der EAB Oberhausen in Altstaden über Kinderarmut gesprochen.

Die Kinderarmut ist real, nicht nur in der so genannten dritten Welt, sondern auch in Deutschland. Auch nur ein armes Kind ist zuviel in der Statistik. Die dazu vom Referenten Herrn Harald Schrapers vorgetragenen Daten und Fakten sorgten für Besorgnis und Bestürzung bei den Anwesenden. Kinder sind bei uns am häufigsten von Armut bedroht, Armut scheint offenbar vererbbar. Aber es geht weltweit um mehr als materielle Armut: Bildungsarmut, mangelnde Förderung, Fehlernährung, schlechte Gesundheit, Bewegungsmangel. In Zukunft wird es darauf ankommen das es Menschen gibt die sich kompetent, einfühlsam und ausreichend Zeit für Kinder, Jugendliche und auch deren Eltern nehmen die Unterstützung brauchen. Aber nicht nur Eigenverantwortung würde helfen, auch der Staat ist

gefordert. Massive Investitionen u.a. in die Kinderbetreuung, Ganztagschulen und ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, wie für 2013 geplant, sind nur ein Teil der notwendigen Maßnahmen. Steuerlich absetzbare Kinderbetreuung, Kindergelderhöhung und Einführung des Elterngeldes sind ebenfalls ein zentraler Ansatz auf dem Weg aus der Kinderarmut heraus zu kommen. Auf den Anfang kommt es an.

Die Schluss-Überlegungen: Wenn wir uns in der Gegenwart verantwortungsbewusst verhalten, sollten wir Arme und Hungernde in unserem Land nicht vergessen. Wir sollen vor allem endlich begreifen, wie einzigartig unsere Kinder sind und dass sie auf keinen Fall hungern müssen. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

- Wir leben in einem Land, in dem Kinderarmut und Kinderfeindlichkeit immer mehr um sich greift, und es den

betroffenen Kindern an regelmäßigen Mahlzeiten fehlt!

- Wir leben in einem Land, in dem die Körperlichkeit von Kindern in schamloser Weise in elektronischen Medien zur Schau gestellt werden!

- Wir leben in einem Land, in dem Kinder in Mietwohnungen nicht erwünscht, aber Tiere erlaubt sind!

- Wir leben in einem Land, in dem Kinderlachen und -spielen als Lärm

empfunden werden!

- Wir leben in einer Welt, in der Kinder im Schweiß ihres Ange-

sichts Arbeit verrichten müssen

und nicht mehr Kinder sein dürfen, nur damit sich Industriekonzerne dieser Welt an ihnen bereichern! Kinder bedeuten die Zukunft eines Landes - unserer Welt. Konsequentergedacht heißt dies, dass wir unsere Zukunft selbst infrage stellen - sie verspielen - wenn wir nicht für eine Kinderfreundliche Welt eintreten.

Wir leben weitestgehend in einer Welt, die Kinder nicht mehr verdient hat. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es Kinder immer weniger zugemutet werden kann, in dieser kinderfeindlichen

Welt zu leben. Und dann?  
Jesus hat uns gelehrt, mit Kindern um-  
zugehen - ihnen den Vortritt zu lassen.  
Er befahl seinen Jüngerinnen und Jün-  
gern: Lasset die Kinder zu mir kommen  
und wehret ihnen nicht.  
Wenn wir nur ein klein wenig davon  
begriffen hätten, sähe es in unserer Welt  
und vor allen Dingen in Deutschland  
anders aus.

*Horst Hülsermann -  
Pressereferent Bezirk Oberhausen*

## **Managerboni sind ein Skandal**

### **EAB Düsseldorf- Resolution**

**Als Mitglieder einer Arbeitnehmerorganisation beklagen wir den höchsten Schuldenstand unseres Staates von derzeit ca. 2 Billionen Euro.**

Zur gleichen Zeit erlauben sich marode Banken Bonuszahlungen und Prämien in schwindelerregender Höhe an Vorstandsmitglieder und Manager zu verteilen. Auch unsere Politiker mögen empört darüber sein, haben aber durch butterweiche Rahmenbedingungen der zunehmenden Geldgier den Weg geebnet.

Wir fordern, schnellstmöglich Landesgesetze zu schaffen, die verhindern, dass Banken, die mit unseren Steuergeldern gerettet wurden, weiterhin Missbrauch, wie oben genannt, damit betreiben können.

Außerdem fordern wir die Setzung einer Obergrenze für Managergehälter in angemessener Höhe.

Während Gewerkschaften um Festschreibung eines Mindeststundenlohns von 8 Euro ringen, was etwa dem Hartz IV Niveau entspricht, kann und darf es nicht sein, dass erfolglose Manager für kurze Einsätze, viel kassieren. Wir noch Arbeitende und ehemalige Arbeitnehmer (Rentner) wundern uns nicht, dass die Politikverdrossenheit zunimmt und immer weniger Menschen zur Wahl gehen.

*Bettina Wiedbrank, CDU Ratsfrau und  
Stv. Vorsitzende der EAB Düsseldorf,*